



Ruinen in Hamburg 1945: „Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich völlig zerstört“

1945: „Absturz ins Bodenlose“

SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Malanowski über Kapitulation und Besatzung (I): Deutschlandpläne der Sieger

Die bedingungslose Kapitulation unserer Feinde war das Signal für den größten Freudenausbruch in der Geschichte der Menschheit“, jubelte der britische Premierminister Winston Churchill, als die Deutschen, nach fünf Jahren, acht Monaten, acht Tagen Krieg und Massenmord, fix und fertig die Waffen streckten. Er war „aufgeregt wie eine Henne, die ins Wasser gefallen war“.

Scotland Yard ließ in London tausend Lautsprecherwagen auffahren, die Churchills Radiorede übertrugen: „Vorwärts Britannia.“

In New York versammelten sich Zehntausende auf dem Times Square zu Konfetti feiern und Cheers. US-Präsident Harry S. Truman, der an diesem 8. Mai 1945 61 Jahre alt geworden war, freute sich über das „Geburtstagsgeschenk“. In einem Brief an seine Mutter und Tochter Mary schrieb er: „Heute vormittag um 9 Uhr muß ich über den Rundfunk zum Lande sprechen: Bekanntgabe der deutschen Kapitulation.“

Die Pariser Bevölkerung eilte zu einem Dankgottesdienst in die Kathedrale

von Notre-Dame. Frankreichs Charles de Gaulle rief aus: „Als Staat, als Macht und als Doktrin ist das Deutsche Reich völlig zerstört.“

Das Reich starb, ging es dem sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg durch den Kopf, „wie es gelebt hatte: unmenschlich“. In Moskau waren fast alle Fenster erleuchtet, niemand ging schlafen, nach dem Sieg. Die Menschen fielen sich um den Hals, manche weinten laut. Abends sprach Stalin zum Sowjetvolk, und die „Salven der tausend Geschütze klangen wie ein Amen“ (Ehrenburg).

Stalin sagte: „Da wir die Wolfsmanieren der deutschen Häuptlinge kennen, haben wir keinen Grund, ihren Worten zu glauben. Doch seit heute morgen haben die deutschen Truppen begonnen, ... massenweise die Waffen zu strecken. Das ist schon kein leerer Papierfetzen mehr. Das ist die wirkliche Kapitulation.“

Welch ein Jahr, dieses 1945, grübelte Thomas Mann fern der Heimat, aus der die Nazis ihn vertrieben hatten:

„Schwerlich hat es in der Geschichte ein ereignisreicheres gegeben“ – ein „Gedränge von Schocks und erbitternden Geschehnissen“.

Ergeben auf Gnade und Ungnade, wie viele Völker haben das seit der Antike über sich ergehen lassen müssen. Und doch soll am 8. Mai 1945 etwas Einmaliges, Einzigartiges geschehen sein – unvergleichlich und „ohne jedes historische Vorbild“ (Historiker Wolfgang Jacobmeyer). Der „absolute Tiefpunkt der deutschen Geschichte der Neuzeit“ war erreicht (Historiker Reimer Hansen), der „größte Abgrund der Geschichte“ hat sich aufgetan (Historiker Peter Graf von Kielmansegg). Oder war die Niederlage „ein Glück“ (Generalstaatsanwalt Fritz Bauer)?

Es soll schlimmer gewesen sein als nach dem Dreißigjährigen Krieg, der das Land verwüstete und die Nation in Stücke gerissen hatte. So schlimm wie einst in Karthago, als die Römer, 146 vor Christus, die Bevölkerung in die Sklaverei geschickt und die verbrannte Erde mit einem Fluch belegt hatten.

Konrad Adenauer („Absturz bis ins Bodenlose“) war auf das Schlimmste gefaßt: „Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam, aber sicher.“

War das die „Stunde Null“, über die Historiker noch heute, vierzig Jahre danach, grübeln? Wohl oder wehe, das Ende der deutschen Geschichte, deutscher Tradition, der deutschen Nation, und danach: ein anderes Deutschland, andere Deutsche, friedlich und demokratisch? Oder war es nur ein „Pausenzeichen der Geschichte“, ein „Augenblick der Zeitlosigkeit?“ (Essayist Heinrich Vormweg).

Oder war es im Westen *sogleich* die Stunde „verschämter Reparatur diskreditierter Kontinuität“? (Historiker Lutz Niethammer), im Osten *sogleich* des Ab- und Umbruchs? Drängten die Sieger im Westen *sogleich* auf kapitalistische Restauration, die im Osten auf sozialistische Revolution?

Am Ende, oder war es schon der Anfang, Trauerarbeit?, wurden 55 293 800 Tote gezählt. 7,35 Millionen Deutsche, 6 Millionen Polen, 20 Millionen Russen, 320 000 Amerikaner, 537 000 Franzosen, 390 000 Engländer, 485 000 Jugoslawen, 5,7 Millionen KZ-Morde. 570 000 deutsche Luftkriegsopfer.

Zwölf Millionen Deutsche gerieten in Gefangenschaft, 3,8 Millionen in die amerikanische, 3,7 Millionen in die britische, 3,15 in die russische und eine Million in die französische. Die meisten kehrten nach einem Jahr zurück, viele erst nach zehn Jahren, über eine Million überhaupt nicht. 9,5 Millionen Flüchtlinge treckten 1945 aus dem deutschen Osten in das heutige Bundesgebiet.

„Gott schenke den Christen in aller Welt offene Ohren“, betete Propst Heinrich Grüber, ehemaliger KZ-Häftling, „die Notschreie der deutschen Menschen zu hören, die auf den Landstraßen sterben und verkommen.“

Über Deutschland lagen 400 Millionen Kubikmeter Trümmer. Jülich, Emmerich und Xanten, Schauplätze der letzten schweren Gefechte im Westen, waren dem Erdboden fast gleichgemacht, Kassel, Würzburg, Köln, Dresden, Dortmund zu rund zwei Dritteln zerstört.

Herne in Westfalen zählte zu den wenigen Großstädten, die nichts abbekommen hatten; nur ein einziges Haus war leicht beschädigt worden. „Blank und klar ragen die Kirchtürme in den blauen Himmel“, hieß es in einem zeitgenössischen Bericht: „Endlich ein Fleckchen wahren Friedenslebens!“

Wo vor dem Krieg vier Deutsche lebten, hausten nun durchschnittlich zehn. Auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik wurden 2 841 773 Wohnungen (gleich 41,2 Prozent) total zerstört oder so schwer beschädigt, daß Wiederaufbau unmöglich war.

In Schutt und Trümmern lagen historische Bauten und Krankenhäuser, Schu-

len und Rathäuser, alte Stadtviertel wie in Freiburg, Heilbronn, Dresden und Würzburg, moderne Industrieviertel in Schlesien, an Rhein, Ruhr und Main. Zerstört waren, durch feindliche Bomben oder eigene Sprengladungen, 33 Eisenbahnbrücken über Rhein und Weser, 22 von 34 über die Donau, von der Quelle bis zur Grenze.

Von 60 000 Kilometern Reichsbahnnetz war ein Drittel unbefahrbar, von 22 400 Lokomotiven und 578 000 Güterwaggons die Hälfte schrottreif. 50 000 Tonnen Stahl und Beton und 1500 Schiffswracks lagen im Rhein auf Grund, 3455 Wracks in den Häfen von Hamburg, Kiel und Bremen. Das Telefonnetz war fast überall zusammengebrochen; Straßenbahnen verkehrten nur noch vereinzelt. In München diente das Trambahnpersonal als Leichenbestatter.

In Darmstadt gab es, so der damalige Oberbürgermeister Ludwig Metzger, „nur zwei bis drei Straßen, die wenigstens in der Mitte befahrbar waren“. In Jülich schlugen die Amerikaner, wie der damalige Landrat Wilhelm Johnen berichtete, „mit Räumfahrzeugen quer durch die Trümmerwüste Schienen, ohne Rücksicht auf das alte Straßennetz“.

Es war nach dem Krieg, wie Emigrant Carl Zuckmayer vor dem Krieg in einer „Elegie von Abschied und Wiederkehr“ für die Stadt Mainz gedichtet hatte:

Ich werde durch erloschne Städte gehn,
Darin kein Stein mehr auf dem anderen
Stein,
Und selbst wo noch die alten Steine
stehen,
Sind es nicht mehr die altvertrauten Gas-
sen.

„Staub, Puder der Zerstörung“, schrieb Heinrich Böll über seine Heimat-



Nazi-Uniformen in Berlin 1945: Rock und Bluse aus Fahmentuch

stadt Köln, „drang durch alle Ritzen, setzte sich in Bücher und auf Windeln, aufs Brot und in die Suppe, klebte auf Wimpern und Brauen, zwischen den Zähnen, auf Gaumen und Schleimhäuten, in Wunden“.

Heimkehrende Evakuierte (insgesamt 3,1 Millionen) und Ausgebombte fanden sich kaum noch zurecht. An Ruinen und Verschlagen lasen sie Botschaften wie in Darmstadt: „Hier lebt keiner mehr“, oder: „Oma und die Kinder in Beersfelden, Mutti im Südviertel vermisst“; wie in Berlin: „Alles im Arsch – sind bei Frieda und Paule.“

Deutsche hausten in Kellern und Baracken, Bunkern und Wellblechhütten, hinter Pappdeckelverschlagen und in Bergwerkstollen. Obdachlose wurden in Massenquartiere gesteckt; im nieder-rheinischen Bedburg waren es 24 000. In einem Monat starben dort 367 Menschen an Ruhr und Typhus.

Wer in Berlin starb, wurde mitunter in Küchenschränken und Kabinenkoffern beigesetzt oder in alte Tücher gehüllt und unter einer dünnen Schicht Kalk und Erde vergraben, wie im Krankenhausgarten in Friedrichshain. Und auch im niedersächsischen Soltau war es „wie in alttestamentarischen Zeiten“, so Pastor Salfeld, „wo man die Toten nicht beerdigen konnte“.

Die Deutschen klaubten Ami-Kippen, schlugen Wälder kahl und warfen ihre Uniformen weg, sie gingen wieder in die Kirche und machten aus Fahmentuch Rock und Bluse, sie verpiffen den Blockwart und tauschten – „Hüfthalter (Taille 67 cm) gegen Herrenoberhemd, Größe 37/38... Angebote an Buchhandlung Serr, Schiffweiler“. Trotz „Fraternization“-Verbot erblühte das Fräulein-Wunder.

Auf Lebensmittelkarten gab es nur noch knapp tausend Kalorien pro Tag, und oft waren die Nahrungsmittel nicht einmal vorhanden, die versprochen

Spinat aus Melde, Salat aus Löwenzahn

wurden. Anastas Mikojan, damals Sowjet-Kommissar für Außenhandel, sagte nach einer Berlin-Visite: „Menschen essen Gras und Rinde von den Bäumen.“

„Auf der Charlottenburger Chaussee stinkt es nach Kadavern“, schrieb die Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich in ihr Tagebuch, „doch als wir näher hinschauen, sind es nur Pferdegerippe. Bis zum letzten Fetzen haben die Umwohner den toten Tieren das Fleisch von den Knochen geschnitten und in die Kochtöpfe gesteckt.“

Hier und da war die Ausbeute größer, nämlich dort, wo Wehrmachtsvorräte und Versorgungsdepots entdeckt und geplündert wurden. „Mit Handwagen,

Berlin, Mai 1945

Raketenwerfer der Roten Armee, die sogenannten Stalinorgeln, feuern in den Straßen Berlins; kapitulierende Soldaten der deutschen Wehrmacht steigen aus einem U-Bahn-Schacht; auf dem Reichstag weht die Sowjet-Flagge; die Sieger feiern das Kriegsende mit Wodka und Gesang; für die Besiegten gibt es Suppe aus sowjetischen Feldküchen – Bilder des Sowjet-Photographen Mark Redkin aus den letzten Kriegs- und ersten Besatzungstagen in der deutschen Reichshauptstadt, Mai 1945.

Redkin, der die Photos jetzt dem SPIEGEL zur Verfügung stellte (siehe auch „Hausmitteilung“ Seite 3), war im Zweiten Weltkrieg Bildreporter zunächst für Tass, dann für eine illustrierte Front-Zeitung. Er fotografierte auch an der japanischen Front und im „befreiten Prag“. Der ehemalige Hauptmann der Roten Armee lebt heute in Moskau. Er veröffentlichte nach dem Krieg Bildbände mit Landschaftsphotos, so über die Wolga und das Kaspische Meer.



Feiernde Rotarmisten vor dem Reichstag



„Stalinorgel“ im Einsatz

Mark-Redkin-Photos vom Kriegsende in Berlin: Wodka für die alliierten Sieger, Suppe für



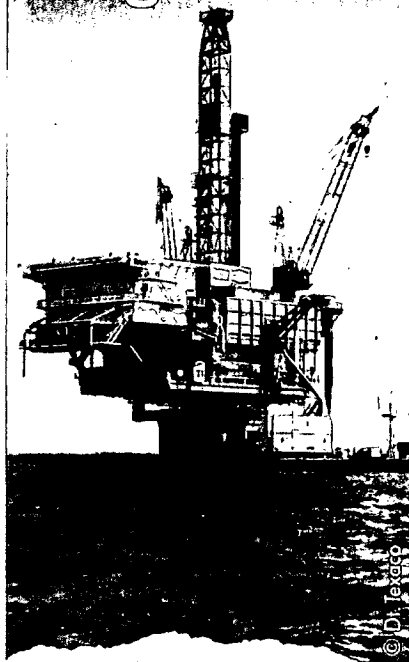
Sowjetflagge auf dem Reichstag; Sowjet-Verpflegung für Berliner (unten)



Kapitulierende Deutsche
die besiegten Deutschen



Achtung! Explosions- gefahr



Dräger sichert den Offshore-Alltag

Im Offshore-Alltag sind die Risiken für Mensch und Material durch explosive oder giftige Gase allgegenwärtig. Dräger Meß- und Warngeräte erkennen die Gefahr und warnen frühzeitig. Dräger schützt und hilft in Notfallsituationen. Mit Flucht- und Arbeitsgeräten für den Atemschutz, mit Geräten aus der Notfallmedizin.

Für Gas- und Ölgewinnung: Dräger macht den Offshore-Alltag sicherer. Rund um die Uhr.

Dräger
Technik für das Leben

Drägerwerk AG · 2400 Lübeck 1

ICW P 5163

Stoßkarren und Fuhrwerken kam die halbe Stadt angerückt“, beobachtete der frühere Stadtverordnete Peter Fischer in Frankfurt-Höchst. Deutsche und aus den Lagern freigelassene Fremdarbeiter stürmten einen Güterzug mit Lebensmitteln und Steinkohlen: „Nur ein Waggon mit Särgen blieb übrig.“ Aus einem Zollhaus, beobachtete der Journalist Fritz Nadler, verschwanden die Weinvorräte: „Greise wankten laut schreiend, den Becher in der Hand, durch die Straßen. Frauen lehnten betrunken an den Wänden“.

Großstadt-Viertel wurden in Schrebergärten verwandelt. Der Berliner Magistrat empfahl, „die Kaninchenzucht besonders zu fördern und in den größeren Parks mit Ziegenzucht zu beginnen“. Ein Berliner Botaniker veranstaltete Wildgemüse-Exkursionen, an denen insgesamt rund 15 000 Bürger teilnahmen. „Als sehr fündig erwies sich die Trümmerwüste; dort wuchsen Pflanzen, die man in Berlin noch nicht gesehen hatte.“

Aus Eicheln gewannen Deutschlands Nachkriegshaushausfrauen Mehl, aus Melde machten sie Spinat, aus Löwenzahn und Scharbockskraut Salat. Deutschlands Nachkriegsraucher zogen in Balkonkästen und Hinterhöfen Tabakpflanzen („Siedlerstolz“). Aus Rüben und Kartoffeln wurde Schnaps gebrannt.

In Ruinen und hinter Bretterzäunen wurde verschminkt, was nicht satt machte: Klaviere und Eheringe, Kaffeeservice und Bettvorleger. Der Schwarzhandel mit Kaffee und Glühbirnen, Autoreifen und Seife kam, so der Hamburger Kriminalbeamte und spätere Kripochef Kurt Breuer, „schon von der Stunde des Zusammenbruchs an in Gang“.

Eine neue Gesellschaft entstand. Oben war nun, wer Butter und Speck

produzierte oder hamsterte. Zur Geldaristokratie zählte, wer über Camel, Lucky Strike und Chesterfield verfügte. Der Mittelstand setzte sich aus denen zusammen, die aus Stahlhelmen Kochtöpfe, aus Fallschirmseide Handtaschen, aus Kartuschenhülsen Ofenbleche machen konnten. Unten waren die, die nichts zu versilbern und zu tauschen hatten.

Noch einmal davongekommen zu sein, ohne allerdings zu ahnen, wie es weiter oder aufwärtsgehen sollte, der Kampf um die buchstäblich nackte Existenz, das Bangen und Hoffen um die noch Verschollenen und die Bitternis, geschlagen worden zu sein, machten die Hinterbliebenen unfähig, über das zu trauern, was das kaputte Reich in ihrem Namen der Menschheit angetan hatte.

Von Politik hatten fast alle die Schnauze voll, aber von Hitler immer noch nicht. Immer noch waren, wie amerikanische Umfragen ergaben, fast die Hälfte der fatalen Ansicht, der Nationalsozialismus sei an sich eine gute Sache gewesen, nur sei die Idee leider „schlecht“ verwirklicht worden.

Nur eine kleine Minderheit unter den Deutschen nutzte die erste Stunde, versuchte es wenigstens. Sobald die siegreichen Truppen in Ost und West den Fuß auf deutschen Boden setzten, traten Hunderte antifaschistische Gruppen, „Antifas“ oder auch „Volkskomitees“, „Orts“- oder „Stadtsowjets“ in Erscheinung.

Es waren klassenbewußte Kommunisten und Sozialdemokraten, oft solche, die sich vor Hitler geduckt oder vor der Gestapo verborgen hatten, vereinzelt auch Bürgerliche. Spontan, nur lose organisiert, nahmen sie sich der Zusammenbruchsgesellschaft an, verteilten die kargen Lebensmittelvorräte, kümmerten





Plünderung in Hannover: „Die halbe Stadt kam angerückt“

sich um Wohnraum und Versorgung mit Gas und Kohle, begannen mit dem Trümmerräumen. Sie entnazifizierten auf eigene Faust und nisteten sich in den lokalen Verwaltungen ein.

Ein politisches Programm hatten sie nur selten. Es waren der nun nicht mehr ohnmächtige Haß auf die Nazis, die verbreitete antikapitalistische Umbruchstimmung und der Volksfront-Schwur: „Nie wieder Spaltung“ (der Arbeiterklasse), die den Aufbruch stimulierten.

Aber Gerangel zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in den Antifa-Ausschüssen, Konkurrenz zu den Resten der alten oder der neuen konservativen Verwaltung, Amtsanmaßungen und Übergriffe gegenüber der Bevölkerung bremsten die antifaschistische Breitenwirkung. Konflikte mit den Besatzern führten schon im ersten Friedenssommer zu Auflösungen und Verboten.

Als die Amerikaner Mitte April 1945 in Solingen einmarschierten, warteten Antifaschisten vor dem Rathaus auf sie. Sie schlugen vor, den SPD-Genossen Oskar Riess, einen von den Nazis als Halbjuden verfolgten, zum Bürgermeister zu machen, was auch geschah. Ein „Zentralauschuß“ sammelte Berichte über „führende oder brutale Nazis“, SD- und Gestapo-Beamte und lieferte diese Dossiers beim US-Geheimdienst ab.

In den Fabriken bildeten Arbeiter und Angestellte „Betriebsausschüsse“. Aber



Eichelsammlerin, Kippensammler in Berlin: „Als sehr fündig erwies sich die Trümmerwüste“

die Antifaschisten konnten nicht verhindern, daß der amerikanische Stadtkommandant den Fabrikanten Max Krusius zum Präsidenten der Handelskammer ernannte und Krusius sich seine Leute aus der früheren NS-Gauwirtschaftskammer holte.

In Braunschweig fuhr das Antifa-Mitglied Erich Warnecke mit einem britischen Kommando durch die Stadt und ließ führende Nazis verhaften. Bald darauf entließen die Briten sie wieder – „wegen Schwierigkeiten bei der Versorgung derselben“.

In Velbert präsentierte die Antifa an die hundert Hilfspolizisten; die Militärregierung nahm das Angebot an. Die Truppe beschwerte sich darüber, daß sie unbewaffnet Streife gehen mußte.

23 Kommunisten, Linkssozialisten und Sozialdemokraten, unter ihnen Wilhelm Kaisen, SPD (von 1945 bis 1965 Bürgermeister der Stadt), Adolf Ehlers von der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) und Hermann Wolters, KPD (beide später Senatoren), gründeten Anfang Mai in Bremen die „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (KGF). Die KGF, die schließlich an die 5000 Mitglieder zählte – 3100 von ihnen gehörten vor 1933 der KPD oder SPD an –, wollte den Staat säubern, die demokratischen Grundrechte wiederherstellen, Monopolkapitalismus und Großgrundbesitz zerschlagen – „als Voraussetzung einer wirklich stabilen Demokratie“. Eine „breite kämp-



ferische Volksfront“ sollte den demokratischen Wiederaufbau überwachen.

In Stuttgart versuchten die Antifaschisten erfolgreich, Teile der Verwaltung zu unterwandern oder zu übernehmen. In einem Bericht der Kanzlei des neuen Oberbürgermeisters Arnulf Klett (der bis zu seinem Tod 1974 im Amt blieb) wurde beklagt, daß Antifa-Vertreter selbstherrlich in Rathäusern „amten“, sich als Bürgermeister ausgaben, eigenmächtig Lebensmittel rationierten, Wälder abholzen und „Leute zum Arbeiten antreten“ ließen.

OB Klett beschwerte sich beim Stuttgarter Polizeipräsidenten, „besonders schlimm“ sei das „Treiben der ‚Antifa‘ im Westen der Innenstadt“, da habe die Polizei „die Macht verloren“. Die Anti-



Flüchtlinge aus dem Osten: „Gott schenke den Christen offene Ohren“

fa-Gruppen waren, analysierte der amerikanische Geheimdienst, „Ausdruck der aktivsten Kräfte im politischen Leben Deutschlands – Kräfte, die wir entweder unterdrücken oder uns zunutze machen können“.

Die Antifas wurden unterdrückt, aufgelöst und verboten, in West wie Ost. „Eine unabhängige antifaschistische Revolution“, urteilt Historiker Peter Brandt, „bildete für alle Besatzungsmächte ein unabsehbares Risiko.“ Für die Westmächte drohte die „revolutionä-

re Bewegung“ eine „antikapitalistische Richtung zu nehmen“, und die Sowjets fürchteten, ihre „Führungsrolle“ im „internationalen kommunistischen Lager“ könnte geschwächt werden.

Die Sowjets und ihre Hilfstruppen in den KPD-Kadern trauten nicht einmal den eigenen Genossen. Die Spontaneität in den Antifa-Ausschüssen, in denen Kommunisten meistens den Ton angaben, stets jedoch gehörigen Einfluß nahmen, drohte die Macht der Partei zu schmälern.

Nicht einmal auf die Arbeiterklasse schien noch Verlaß. Noch immer wirke, lehrte die Partei, der „verderbliche Reformismus“, den die Sozialdemokraten unter einfache Volk gebracht hatten. Zahlreiche Arbeiter seien durch den Faschismus „korrumpiert und weitgehend demoralisiert“ worden. Das Klassenbewußtsein habe 1945 einen „Tiefstand erreicht“. „Nur langsam“ sei den Arbeitern überhaupt klargeworden, daß die „Niederlage des Hitlerstaates ihrem klassenmäßigen Wesen nach ein Sieg für die Arbeiterklasse darstelle“.

„Meistens galt es“, berichtete später der KP-Funktionär Anton Ackermann, „linke Überspitzungen zu korrigieren“ – beispielsweise in Meißen, wo er und sein Kader „einen kompletten städtischen Rat der Volkskom-

missare vorfanden“. Die spontanen Genossen mußten sich „auf die Linie der Partei begeben“.

Viele Genossen sahen sich schon um die Revolution gebracht, die ihnen jahrelang als unumgänglich und unausbleiblich gepriesen worden war. „Wir Kommunisten haben bei Lenin gelernt, daß der alte kapitalistische Staatsapparat zerschlagen und ein neuer, ein proletarischer Staat an seine Stelle gesetzt werden muß“, beschwerte sich ein Vertreter des verbotenen Rostocker Antifa-Komitees beim sowjetischen Stadtkommandanten: „Können Sie uns erklären, weshalb das plötzlich nun nicht mehr gelten soll?“

Am 5. Juni kapitulierte Deutschland, nach dem totalen Krieg militärisch total geschlagen, auch politisch, und ebenso bedingungslos. Es unterwarf sich, hieß es in der „Berliner Erklärung“ der Siegermächte, „allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden“. Die Alliierten übernahmen die „oberste Regierungsgewalt... einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung... der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“ – ein Deutschland, faßte der Labour-Politiker und spätere britische Außenminister Ernest Bevin zusammen, „ohne Gesetz, ohne Verfassung, ohne eine einzige Person, mit der wir verhandeln konnten, ohne eine einzige Institution, mit der wir die Lage meistern konnten“.

Der Führerstaat war führungslos. Regiert wurden die Deutschen hüben und drüben von 12 000 Amerikanern unter Fünf-Sterne-General Dwight D. Eisenhower, der im Frankfurter IG-Farben-Haus residierte; von 25 000 Briten unter Feldmarschall Bernard Law Montgomery, der im Kurhaus von Bad Oeynhausen Quartier gemacht hatte; von 11 000 Franzosen unter General Jean de Lattre de Tassigny, der in Baden-Baden das

Roosevelt meinte: „Mit Stalin kann ich“

Hotel „Stephanie“ bewohnte, von über 60 000 Russen unter Marschall Georgij Schukow, der die Pionierschule in Berlin-Karlshorst zur Sowjetischen Militär-Administration (SMAD) umgewandelt hatte.

Die Amerikaner waren, erklärtermaßen, nicht als Befreier, wie sollten sie auch, sondern als Sieger in den „Feindstaat“ Deutschland gekommen – gewiß nicht, wie die US-Soldatenzeitung „Stars and Stripes“ klarstellte, um „Kindermördern Komplimente zu machen oder SS-Schurken mit Corned beef zu füttern“, sondern um „die Verbrecher vor den Richter zu bringen“.

Die verrückten Deutschen (US-Diagnose: Paranoia) sollten vom Kopf auf die Beine gestellt werden und Buße tun.

Das Motto des missionarischen Präsidenten Woodrow Wilson von 1918 – „to make the world save for democracy“,



Familiennachrichten in Berlin: „Sind bei Paule“

wurde leicht, aber wesentlich modifiziert: „to make the world save *through* democracy“. Der missionarische Präsident Franklin D. Roosevelt phantasierte von der „einen Welt“, harmonisch, friedlich und gesichert, gegründet auf dem unverbrüchlichen Bund mit der Sowjet-Union. Er bildete sich ein: „Mit Stalin kann ich.“

Die Engländer, nur noch Juniorpartner der reichen und mächtigen Amerikaner, verfolgten ähnliche Fernziele, nur pragmatischer, im Kolonialherren-Stil, und gehandicapt von akuten Schwächen. Das Weltreich lag darnieder, auch wenn es auf dem Siebertreppchen stand.

Die Franzosen unter dem Sonderling Charles de Gaulle, von den „Großen Drei“ gerade noch als Mit-Sieger gedul-

Stalin erklärte unmißverständlich (wenn auch nicht öffentlich): „Wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf... Es kann gar nicht anders sein.“

Demgegenüber war Präsident Roosevelt trotz Drängens seiner engsten Mitarbeiter nicht zu bewegen, rechtzeitig die „Grundfrage“ zu entscheiden, die beispielsweise Außenminister Cordell Hull wiederholt an ihn herangetragen hatte, „welche Art von Deutschland wir wollen, und welche Politik in die Tat umgesetzt werden soll während der Besatzung“. Lapidar pflegte der Präsident noch im Herbst 1944, der Krieg war zwar noch nicht zu Ende, aber doch schon gewonnen, darauf zu antworten: „Angesichts der Tatsache, daß wir Deutschland

deutschland in zwei Staaten, einen nördlichen und einen südlichen geteilt werden.

Die Junker und die Offiziere, aber auch Millionen einfacher Parteigenossen sollten aus den öffentlichen Ämtern vertrieben, SS-Männer, Gestapo-Beamte

„Ein Plan blinder Rache“

und „ähnliche Gruppen“ zu Zwangsarbeit im In- und Ausland verdammt werden.

„Ein Plan blinder Rache“, schimpfte Außenminister Hull, und Kriegsminister Henry Stimson, das einzige Regierungsmitglied, das sofort protestierte, warnte:

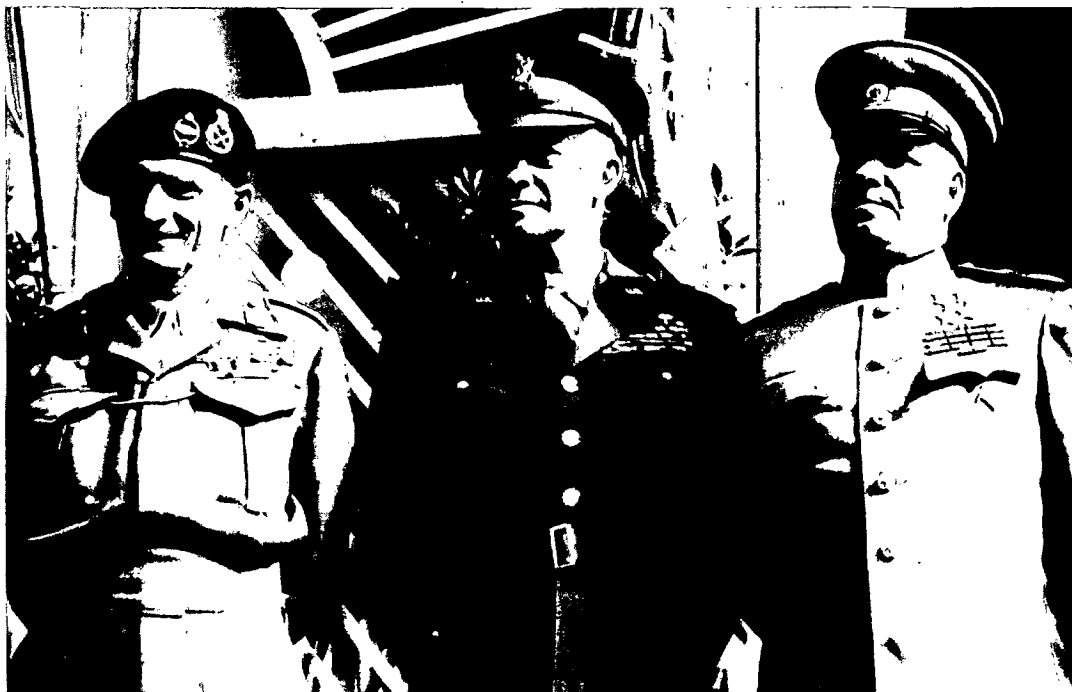
„Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein solches Konzept möglich und durchführbar ist. Und ich sehe riesige Gefahren auf uns zukommen, wenn wir auch nur versuchen, den Plan ernst zu nehmen. Solche Methoden bewahren uns... nicht vor dem Kriege, sie sind eher dazu angetan, einen zu stiften.“

Roosevelt jedoch war von Morgenthau Rundumschlag begeistert: „Das ist das erste Mal, daß ich jemanden so etwas sagen höre.“ Er präsentierte den Plan auf der Konferenz von Quebec Anfang September 1944 seinem Bundesgenossen Winston Churchill, der zunächst, in „reizbarer und bissiger Stimmung“, ablehnte; er

wollte England nicht an ein „totes Deutschland“ fesseln. Dann aber stimmte er doch zu, denn es ging auf der Konferenz auch um die Frage, ob Amerikaner oder Briten den Nordwesten des Reiches, einschließlich Ruhrgebiet, besetzen sollten, und außerdem brauchte London dringend Dollars.

Das britische Kabinett lehnte den Morgenthauplan trotzdem ab, und vierzehn Tage später wollte auch Roosevelt nichts mehr davon wissen. Da „zeigte sich der Präsident ehrlich verblüfft“, notierte Stimson, „er könne sich nicht vorstellen, wie er das habe unterzeichnen können. Er müsse es offenbar ohne viel Nachdenken getan haben“.

Doch Henry Morgenthau Straß- und Vergeltungsgedanken rumorten weiter in der amerikanischen Bevölkerung und steckten auch in den Köpfen der Deutschlandplaner im US-Außen- und -Kriegsministerium. Sie schlugen sich,



Oberbefehlshaber Montgomery, Eisenhower, Schukow 1945: Ergeben auf Gnade und Ungnade

det, wollten es, nach Niederlage, Besetzung und Ausbeutung, den Deutschen heimzahlen, Frankreichs verlorene Ehre wiederherstellen und die Großmachtstellung zurückerobern – wie in Versailles 1919.

Die Sowjets aber hatten eine feste Marschzahl, die sozialistische Revolution, ein taktisches Konzept, die verdeckte kommunistische Infiltration und Usurpation, gedrückte Vollstrecker in der Zone – die gesamte KPD-Spitze und Hunderte von KP-Funktionären, und eine verlässliche Hilfstruppe, die Kommunisten, die den Faschismus überlebt hatten.

Sowjetisierung der Sowjetzone war das Ziel, wenngleich die einzelnen Etappen und der Zeitplan noch nicht genau festgelegt worden waren und darüber keineswegs der lockende Versuch aufgegeben werden sollte, möglichst viel Einfluß auf ganz Deutschland zu gewinnen.

noch nicht besetzt haben, kann ich gegenwärtig nichts dazu sagen.“

Doch da hatte der amerikanische Finanzminister und Roosevelt-Freund Henry Morgenthau eine tolle Idee. Er wollte den Deutschen eine Lektion erteilen, ein für allemal. Das hochindustrialisierte Deutschland sollte „in ein Land mit vorwiegend land- und weidwirtschaftlichem Charakter“ verwandelt werden. Morgenthau: „Germanys's road to peace leads to the farm.“

Morgenthau wollte das Reich aber auch in Stücke reißen (was Roosevelt, Churchill und Stalin zunächst ebenfalls geplant hatten). Ostpreußen, der südliche Teil Schlesiens, das Saarland und die Gebiete zwischen Mosel und Rhein sollten an das jeweilige Nachbarland, also an Rußland, Polen und Frankreich abgetreten, das Ruhrgebiet, das Rheinland und die Gebiete nördlich des Nord-Ostsee-Kanals internationalisiert, Rest-



Briten-Besitzer in Zeven (bei Bremen): „Vorwärts Britannia“

modifiziert, in der „Direktive an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen“ nieder, die im Herbst 1944, als die ersten US-Truppen die deutsche Reichsgrenze überschritten, in aller Eile zusammengeschustert worden war. Nach heftigen Kontroversen wurde sie erst am 14. Mai 1945, sechs Tage nach der Kapitulation, in Kraft gesetzt.

Diese Direktive JCS 1067, an deren Richtlinien sich die Besatzungsmacht strikt zu halten hatte, wies die USA, urteilt Harold Zink, Chefhistoriker der US-Militärregierung, „als ein kurzsichtiges Land aus, weitgehend motiviert durch Rache und wenig Einsicht in die fundamentalen Probleme einer Besetzung“.

„Es muß den Deutschen klargemacht werden“, hieß es darin, daß die rück-

sichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben.“

Alliiertes Hauptziel sei es, „Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden“. Dazu bedürfe es der „Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus“, der „sofortigen Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung“, der „industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung“ und „langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials“.

Die US-Besitzer mußten „gerecht, aber fest und unnahbar“ zu Werke gehen. Nichts sollte, frei nach Morgenthau, unternommen werden, was „zur wirt-

schaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen“ könnte oder geeignet sei, „die deutsche Wirtschaft zu stärken“.

General Lucius D. Clay, unter Eisenhower formal stellvertretender, faktisch jedoch der eigentliche US-Militärgouverneur, wie seine Berater Lewis W. Douglas (für Finanzen) und William H. Draper (für Wirtschaft) waren „entsetzt“, als sie die „streng geheime Kom-

„Dieses Ding haben Schwachköpfe gemacht“

mandosache“ zu Gesicht bekamen – nur zehn Tage vor Beginn ihrer Deutschland-Mission. „Wie die anderen grundlegenden Schriftstücke, in denen die alliierte Politik bestimmt wurde“, kritisierte Clay, „war auch dieses . . . ohne Wissen um die Wirklichkeiten, die wir vorfinden sollten, aufgesetzt worden.“

„Entsetzt“ waren Clay und seine Berater „nicht wegen der vorgesehenen Strafmaßnahmen“, sondern über das „Versagen, das in dem Mangel zum Ausdruck kam, die finanziellen und wirtschaftlichen Zustände, denen wir uns gegenübersehen würden, zu erkennen“.

Dieses „Ding“, schimpfte Douglas, „haben ökonomische Schwachköpfe zusammengestellt.“ Es wäre „völlig absurd, den geschicktesten Arbeitern in Europa zu verbieten, soviel sie können, für einen Kontinent zu produzieren, in dem aber auch alles fehlt“. Douglas flog nach Washington, um Abhilfe zu schaffen. Als das nicht gelang, wurde er „immer trübsinniger“, beobachtete Clays politischer Berater, Robert Murphy, und trat bald darauf zurück.

Clay sprach von einem „Karthago-Frieden“, und ihm war klar, „daß Deutschland verhungern müßte“, wenn es bei den rigorosen Bestimmungen bliebe. Er wehrte sich gegen den aufkommenden Verdacht, „weich“ zu werden: „Ich erkenne die Notwendigkeit strenger und spartanischer Behandlung an“, schrieb er an das Außenministerium, „die Vergeltung geht jedoch weiter, als man sich das zu Hause vorstellt.“ Konsequenterweise nutzte er fortan die Tatsache, daß viele Vorschriften „allgemein gefaßt“ waren und so ihm, vor Ort, die „Auslegung“ überlassen blieb.

Bald legte Clay die Richtlinien, zwar nicht vorsätzlich, aber praktisch so aus, als sollten die Vorstellungen der Washingtoner „Realpolitiker“, die sich 1944 intensiv am Pläneschmieden beteiligt hatten, doch noch verwirklicht werden. Sie hatten einen milden Frieden, einen Vernunftfrieden gefordert, waren aber nicht durchgedrungen.

Die „Realpolitiker“ warnten frühzeitig vor einem wirtschaftlichen Vakuum in Deutschland, das unausweichlich auch die kapitalistische Wirtschaft im übrigen Westeuropa niederhalten würde. Im Gegensatz zur offiziellen Besatzungspolitik verlangten sie, Wirtschaft und Industrie,



Franzosen-Besitzer bei Karlsruhe: „Handelt es sich um eine Annexion?“

sogar die Schwerindustrie sofort wieder anzukurbeln – unter „ausgedehnten Kontrollen“, so daß die Militärregierung „in der Lage gewesen wäre, mit der deutschen Wirtschaft zu tun, was sie wollte“.

Diese Gruppe, meist betont kapitalistische und antikommunistische Politiker der Demokratischen Partei, verfolgten dabei von vornherein Ziele, zu denen sich auch das offizielle Washington nach und nach verstand – zuerst, um ein Chaos abzuwenden, sodann, im Kalten Krieg, um das westliche Lager zu stärken. Sie sahen in Deutschland immer noch einen „Eckpfeiler des Abendlandes“ und wollten es sogleich wieder zu einem „antirussischen Bollwerk“ aufrüsten.

Auch die Ziele der Briten waren vorab postuliert, sie glichen denen der Amerikaner – das NS-Regime zu beseitigen und neonazistische Renaissance in Wort und Tat zu unterdrücken; den Militarismus und seine Grundlage, die Rüstungs- und Schwerindustrie, zu zerstören; die Wirtschaft zu kontrollieren; ganz Deutschland von internationalen Gremien überwachen zu lassen.

Als Deutschland kapitulierte, triumpierte Feldmarschall Bernard Law Montgomery, Oberbefehlshaber des britischen Expeditionsheeres und künftiger Militärgouverneur in der britischen Zone: „Das hat der Herr vollbracht, vor unseren Augen geschah dieses Wunder“ (Psalm 118, Vers 23). In einem Tagesbefehl an seine siegreiche Truppe proklamierte der Haudegen weiter: „Wir haben den Krieg gewonnen. Laßt uns jetzt den Frieden gewinnen.“

Aber wie?

Das einst mächtige Großbritannien drohte an seiner deutschen Kriegsbeute zu ersticken. Aus dem größten Kreditgeber der Welt war der größte Schuldner geworden. Es konnte nicht einmal mehr die Zinsen an die eigenen Dominien bezahlen, geschweige denn die Unsummen, die an die USA fällig wurden.

Im britischen Weltreich begann es zu bröckeln, der Dekolonisierungsprozeß im Mittleren Osten, auf dem indischen Subkontinent und in Ostasien war in vollem Gange, die Positionen in Südosteuropa waren verloren oder gefährdet. Und ganz besonders schreckten die sowjetische Übermacht in Europa, die Angst vor weiterer Expansion die Engländer bis ins Mark. Das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent, die historische balance of power, war total gestört.

Besatzungspolitik beschränkte sich auf die Verwaltung des Nachkriegschaos, Reformen an Haupt und Gliedern des besiegten Deutschlands kamen ernsthaft gar nicht in Betracht. Über Deutschlandspolitik debattierte das Unterhaus zum erstenmal überhaupt erst im Frühjahr 1946, und auch da standen Haushaltsfragen obenan.

Notwendig sei, drängte Montgomery die Londoner Regierung, „Entschei-



Amerikanische Besatzer in Bitburg (Eifel): „Die Vergeltung geht weiter, als man sich das zu

denken, gefolgt von Aktion“. Als beides ausblieb, machte er sich seinen „eigenen Plan“ und ging daran, ihn „ohne Verzug umzusetzen“. Die Besatzungsmacht als Krisenstab, um hüben die drohende Hungersnot zu bannen und drüben kostbare Pfunde zu sparen.

„Alle Welt war damit beschäftigt“, schrieb der einstige britische Besatzungsoffizier Michael Thomas, „das Minimum zum Überleben heranzuschaffen“ – 112 000 Tonnen Weizen und 50 000 Ton-

„Weder Zeit noch Kraft, an die Zukunft zu denken“

nen Kartoffeln zum Beispiel aus den kargen britischen Lebensmittelvorräten allein im November/Dezember 1945.

„Man hatte weder Zeit noch Kraft“, so Thomas, „an die Zukunft zu denken.“ Experimente wie etwa die Sozialisierung der Ruhrindustrie für die neue, sozialistische Labour-Regierung in London eigentlich naheliegend, mußten schon mangels Masse vertagt werden, aber auch wegen der finanziellen und machtpolitischen Abhängigkeit des Juniorpartners von den USA.

Der konservative Abgeordnete Harry Crookshank sagte im britischen Unterhaus: „Das ist ein Vorgang von einmaliger Donquichotterie in der Geschichte: Wir besiegen ein Land, und dann muten wir unseren eigenen Steuerzahlern zu, 80 oder 100 Millionen Pfund pro Jahr zu zahlen, um es wieder auf die Beine zu

stellen.“ Praktisch handle es sich dabei, klagte Schatzkanzler Hugh Dalton, um „britische Reparationszahlungen an Deutschland“, Kriegstribute, die eigentlich Deutschland an England leisten sollte. Dalton forderte, mit dieser „unerträglichen Ausnutzung unserer Gutmütigkeit“ sofort Schluß zu machen.

Aber was blieb den Engländern übrig? „Wir müssen entweder zahlen, um sie (die Deutschen) . . . zu ernähren, oder wir müssen das Land verlassen“, erläuterte Sir William Strang, Montgomerys politischer Berater, das Dilemma. Rausgehen bedeute jedoch, so Strang, „die Russen reinlassen“.

So wurde Montgomery schnell klar: „Das ganze Land liegt so im argen, daß es nur in Ordnung kommen kann, wenn wir die Deutschen selbst darauf ansetzen“, die, nach Plan, erst einmal entnazifiziert werden sollten.

Als das 1940 von den Deutschen geschlagene, 1944 von den Angloamerikanern befreite Frankreich seine Herrschaft über einen Deutschland-Teil antrat, hatte es ein stolzes Programm. Es stammte von dem Präsidenten der provisorischen Regierung in Paris, General Charles de Gaulle, und war auch danach.

Zeitlebens begleitete den General, der sich absichtsvoll mit „etwas Unbegreiflichem, Geheimnisvollem“ umgab, „eine bestimmte Vorstellung von Frankreich“ – „berufen zu einem erhabenen und außergewöhnlichen Schicksal“. Sein Programm: „Rückkehr einer Großmacht auf ihren Platz als Großmacht“, denn: „Frankreich ist nicht Frankreich, wenn



es nicht an erster Stelle steht.“

Den Weg dahin hatte Briten-Premier Winston Churchill ihm ein wenig geebnet, allerdings nicht de Gaulle zuliebe, der ihm während seines Londoner Exils ständig auf die Nerven gefallen war.

Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 kämpfte Churchill „wie ein Tiger“, berichteten Beobachter, dafür, daß auch Frankreich eine eigene Zone bekommen sollte. Den Briten bedrückte die berechnete Sorge vor sowjetischer Vorherrschaft in Europa, zumal Roosevelt in Jalta zu verstehen gegeben hatte, daß US-Truppen wohl „nicht länger als zwei Jahre“ auf dem Kontinent bleiben würden. Da wollte Churchill vorbauen, so gut es eben ging, und wenigstens einen Festlandsdegen an seiner Seite haben.

Seite haben.

Schließlich erhielten die Franzosen viel weniger, als sie beansprucht hatten: statt des gesamten Rheinlandes, links wie rechts, ganz Hessen, Baden und Württemberg, was die Städte Ulm, Stuttgart, Karlsruhe ebenso wie Frankfurt, Wiesbaden, Bonn und Köln eingeschlossen hätte, nur das südliche Rheinland (ab Remagen südwärts), das Saargebiet, einen schmalen Streifen Hessens und nur die südliche Hälfte Badens und Württembergs – insgesamt 43 000 Quadratkilometer, das waren zwölf Prozent des Gesamtterritoriums (Amerikaner und Sowjets je 30, Briten 27 Prozent).*

Immerhin hatte Frankreich, triumpierte de Gaulle, „fortan die Gewißheit, beim Siege dabeizusein“. Der General sah durchaus, „in welchem geschwächtem Zustand“ sich sein Land nach Niederlage und Okkupation befand. Aber er nutzte die Gelegenheit, „die letzte vielleicht“, wie er meinte, Frankreich wieder groß und mächtig zu machen – so gar zum Schiedsrichter zwischen Ost und West, „falls das eines Tages notwendig sein sollte“.

Im Rückgriff auf die französische Sicherheitspolitik, die nach dem Ersten Weltkrieg gescheitert war, mit Forderungen, die England und die USA schon

in Versailles brüsk abgelehnt hatten. „Der Rhein bedeutet die französische Sicherheit“, proklamierte de Gaulle Ende Januar 1945. Ein paar Tage später „präzisierte“ er, „die Abtrennung der Territorien des linken Rheinufer und des Ruhrgebiets“ erachte Frankreich „als wesentlich“.

Auf einer Rundreise sprach er im Oktober 1945 zum Zonenvolk: „Frankreich hier etablieren, heißt vor allem, Frankreich die Verfügung über die Territorien zu geben, die durch ihre Natur einen Körper mit ihm bilden. Ich verstehe darunter alle Gebiete links des

„Wir haben hier ein Land zu unserer Exploitation“

Rheins, die Pfalz, Hessen, das preussische Rheinland und die Saar . . . Handelt es sich um eine Annexion? . . . Es muß eine wirtschaftliche und moralische Union sein, eine Präsenz, eine unbegrenzte Kontrolle.“

Das unerreichbare Fernziel fest im Blick, besorgten die Franzosen erst einmal das Nahliegende. „Wir haben hier ein Land zu unserer Exploitation“, erkannte der Volksrepublikaner Livry-Level; und der Abgeordnete Louis Bernard forderte vor der Nationalversammlung, Deutschland alles „zurückzahlen zu lassen, was es bei uns geplündert hat“. (Die eigenen Kriegsschäden bezifferte Paris auf 40 Milliarden Dollar.)

Frankreich dirigierte 1945 Neunzehntel der Exporte aus der Zone ins Mutterland und zahlte dafür nur achtzig Prozent des tatsächlichen Wertes. Es beutete die Rohstoffquellen aus, entnahm Unmengen aus der laufenden Produktion und reservierte ganze Industriezweige für den eigenen Bedarf. Was niet- und

nahefest war, wurde vielfach demonstriert, allein in Württemberg-Hohenzollern 20 000 der vorhandenen 80 000 Maschinen, aber nur die neueren.

Besatzungssoldaten und deren Angehörige ernährten sich, anders, als es bei den Angloamerikanern der Brauch war, aus dem Lande, nach der Faustregel: 200 Gramm Fleisch pro Kopf der Bevölkerung im Monat, 225 Gramm Fleisch pro Besatzungssoldat am Tag.

Die französischen Besatzer brachten es auf diese Weise tatsächlich fertig, ihre Zone mit Gewinn zu verwalten. So kam denn auch Washington zu der offiziellen Einschätzung, die französische Regierung mache sich „eine Politik einseitiger Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands zu eigen“.

Während de Gaulle seine Großmachtträume ausbrütete, Roosevelt lange beharrt hatte, für Deutschland sei „diesbezügliche Eile nicht geboten“, und Churchill bei Stalin vergebens auf gemeinsame Erörterung dieser Fragen drängte, machten sich die Sowjets mit deutschen Genossen an die Arbeit. Die gesamte KPD-Führung, soweit sie sich in Moskau aufhielt, viele von ihnen künftige Würdenträger des neuen DDR-Staates, waren unter Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck für sie am Pläneschmieden.

Mit „großzügiger Unterstützung“ durch die Sowjets entwarfen sie „Grundlinien für die Gestaltung eines neuen demokratischen Deutschland“ und begannen sogleich mit der Schulung von Kadern. Daß der „bewußte Teil“ der Arbeiterklasse, also die KPD, dabei die Führung übernehmen sollte, stand von vornherein außer Zweifel.

Im Oktober 1944 war das „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“ fertig. Aus Gründen revolutionärer Taktik, im Sinne Lenins, die „objektiven Bedingungen des gegebenen



Deutsche, US-Soldaten 1945: Fräulein-Wunder trotz Verbot

* Um Stuttgart wäre es fast zu Schießereien mit den amerikanischen Befreier gekommen (ebenso als de Gaulle seine Truppen ins italienische Aostatal einrücken ließ und einige italienische Enklaven ins französische Departement Alpes-Maritimes einmeinden wollte).



Sowjet-Besitzer in Berlin*: „Wer immer ein Gebiet besetzt ...

historischen Augenblicks“ und zugleich die „Aufgaben der proletarischen Demokratie“ zu beachten, lautete die „Lösung“, die Pieck formulierte:

Revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ... erkennt vorbehaltlos den bürgerlichen Charakter der Revolution an ... treibt aber zugleich diese Umwälzung vorwärts, ist bestrebt, dieser Umwälzung die für das Proletariat vorteilhaftesten Formen zu geben, und ist folglich bestrebt, die demokratische Umwälzung für die Zwecke des weiteren erfolgreichen Kampfes des Proletariats für den Sozialismus in denkbar bester Weise auszunutzen.

Entsprechend allgemein und scheinbar demokratisch – von Diktatur des Proletariats, Einparteienherrschaft und Enteignung war da nicht die Rede – lauteten denn auch die Forderungen des Aktionsprogramms, wie

- ▷ Brechung der Allmacht des faschistisch-imperialistischen Monopolkapitals;

„Wir müssen alles in der Hand haben“

- ▷ Aufrichtung eines demokratischen Volksregimes. Umstellung der Wirtschaft in den Dienst des Volkes;
- ▷ Entfaltung einer Massenbewegung für die Schaffung eines Blockes der kämpferischen Demokratie ... und Aufrichtung eines demokratischen Volksregimes ...;
- ▷ Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse, die sich nur durch innere

* Oben: Soldaten schreiben ihre Namen an die Mauern des Reichstagsgebäudes; unten: mit KPD-Funktionär Wilhelm Pieck und SPD-Funktionär Otto Grotewohl.

Geschlossenheit und eine richtige Politik die ihr zukommende wichtige Rolle im Block der kämpferischen Demokratie verschaffen kann.

„Es muß demokratisch aussehen“, verordnete Ulbricht, „aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Als Ulbricht am 1. Mai 1945 mit einem zehn Mann starken Stoßtrupp, „Initiativgruppe“ genannt, in Berlin eintraf, stand im wesentlichen fest, was aus Deutschland Ost werden würde – über kurz oder lang eine sowjetische Grenzdomäne in der Gewalt der Roten Armee und der vom Kreml gelenkten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der Heimkehrer, seit 1933 auf der Flucht vor den Nazis, seit 1938 im Mos-

kauer Exil, hatte zu vollstrecken, was Stalin befahl, und der Stalinist Ulbricht tat das sozusagen aus freien Stücken.

In der historischen Stunde spielte er, wie bestellt, die historische Rolle, die ihm zugedacht war, vasallentreu, verschlagen und höchst effizient. Er war ein Mann der Tat, nicht des Gedankens, Sowjetmacht lag ihm näher als Sowjettheorie.

Nie plagten ihn Zweifel, was er und wie er dieses zu tun, jenes zu unterlassen hatte. Auch nicht in der Übergangsphase, als die Besatzungsmacht noch nicht eindeutig festgelegt hatte, die Sowjetisierung der Sowjetzone sogleich und direkt anzugehen oder auf Schleichwegen erst später zu vollziehen.

Er hatte einen Auftrag, und die Auftraggeber nahebei – in der Kommandantura des sowjetischen Militärgouverneurs, Marschall Georgij Schukow. Für Ulbricht und seine KP-Kader galten die sowjetischen „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in den von der Roten Armee besetzten deutschen Gebieten“. Darin hieß es unter anderem:

Die auf dem besetzten deutschen Gebiet tätigen Antifaschisten arbeiten im vollen Einvernehmen mit der Besatzungsbehörde und sorgen ... dafür, daß die Befehle und Anweisungen der Besatzungsbehörde unbedingt durchgeführt werden ... Die leitenden Genossen führen ihre Aufgabe von der Basis beim Stab der 1. Weißrussischen Front durch ... Von der Roten Armee wird der führenden Gruppe der Genossen ein Oberst der Roten Armee für die Mitarbeit und Verbindung beigegeben.



... legt ihm sein eigenes System auf“: KPD-Funktionär Ulbricht (r.) in Berlin*

Am 2. Mai kapitulierte die Reichshauptstadt, am selben Tag machte sich Ulbricht ans Werk. Seine Initiativgruppe wies er an: „Wir werden in die verschiedenen Berliner Bezirke fahren und dort aus den antifaschistisch-demokratischen Kräften jene herausuchen, die sich für den Aufbau der neuen deutschen Verwaltung eignen.“

Die Kommunisten vor Ort fragte er aus: „Wie hat sich der verhalten, wie der, wo war der . . . Was hat der getan?“ Er stellte Fragen, erinnert sich Wolfgang Leonhard, damals Mitglied der Gruppe Ulbricht, „zwar nicht wie bei einem Polizeiverhör, aber doch keineswegs in einem Ton, den ich von einem Emigranten erwartet hatte, der nach zwölf Jahren die überlebenden Genossen wiedertrifft.“

Anfang Juni wurde der „leitende Genosse“ Ulbricht nach Moskau beordert, ein paar Tage später kam er zurück. Am 10. Juni erlaubte die sowjetische Besatzungsmacht („Befehl Nr. 2“) die Gründung politischer Parteien – die, wie es hieß, „sich die Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlagen der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland . . . zum Ziele setzen“.

Eile schien plötzlich geboten, um den Westzonen zuvorkommen, wo politische Betätigung und Ansammlungen von mehr als sechs Personen noch strikt verboten waren. Offenbar sollte der Vorsprung genutzt werden, um eines Tages sowjetzonale Parteien zum Kern späterer Reichsgründungen zu machen.

Das neue KPD-Programm, verkündet am 11. Juni im Gründungsaufwurf, war einmalig in der Parteigeschichte – ein großangelegtes Manöver, um Massen anzulocken; es sollte aber auch dem desolaten Zustand der KPD – in der es laut Ulbricht von „Sektierern“ wimmelte – Rechnung tragen. Hinweise auf die Religionsstifter Marx und Lenin, sonst unerlässlich in ähnlichen Parteidokumenten, kamen überhaupt nicht vor, und sogar das Wort „Sozialismus“ haben sich die Aufruf-Autoren verkriecht.

Die totale Schein-Wende beeindruckte, wie nicht zuletzt beabsichtigt, die Genossen von der Sozialdemokratie in Ost und West, die von der Einheit der Arbeiterbewegung träumten. Es verwirrte und enttäuschte jedoch die Genossen der eigenen Partei, die drauf und dran waren, im halben Lande die Diktatur des Proletariats, wenigstens aber das Sowjetsystem aufzubauen.

„Wir sind der Auffassung“, stand statt dessen im Programm, „daß der Weg,

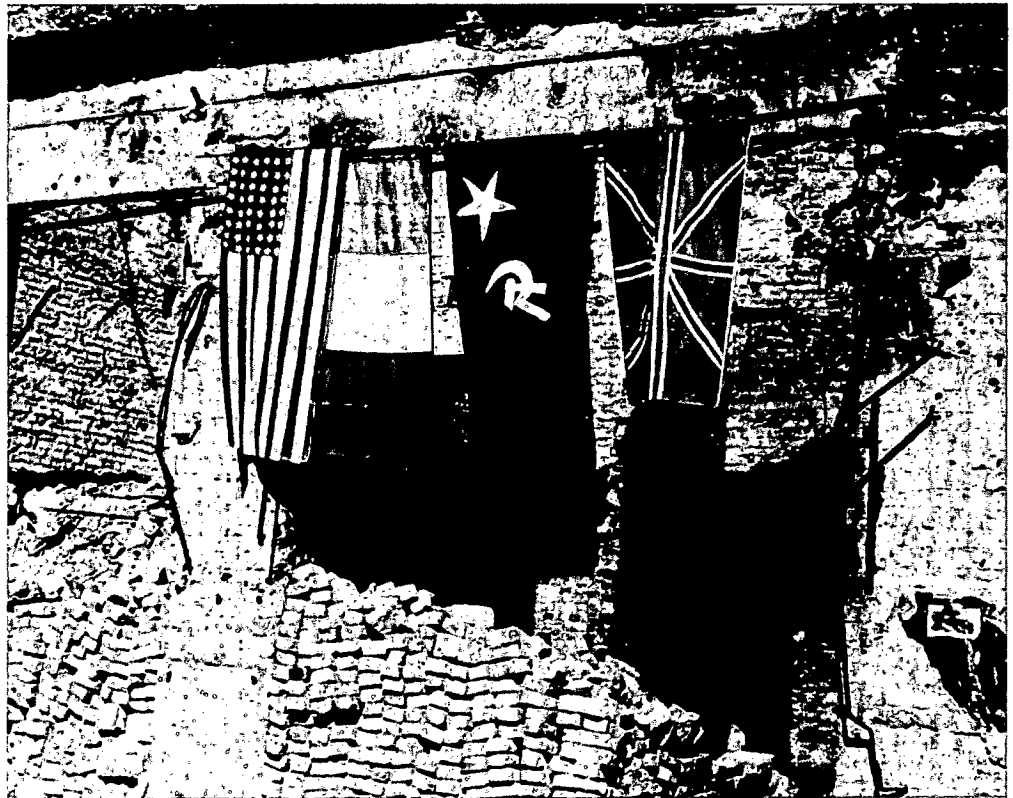
Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“. Es sei vielmehr Gebot der Stunde, die „Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde . . . zu Ende zu führen“ und eine „parlamentarisch-demokratische Republik“ zu errichten – „mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“.

„Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“ (was nicht einmal in den Westzonen versprochen worden war), wurde den klassenbewußten Genossen zugemutet.

In einem Brief an Pieck in Moskau analysierte Ulbricht:

Manche Genossen führen unsere Politik mit Augenzwinkern durch, manche haben den guten Willen, aber dann ist bei ihnen doch die Losung ‚Rot Front‘ . . . Immer wieder tauchen neue Genossen auf, die mit den alten Fehlern von vorne beginnen. Die kurzen Andeutungen zeigen Dir, welche Bedeutung die ideologische Umerziehung unserer Genossen hat.

Als Ulbricht vor 80 Berliner KPD-Delegierten den Gründungsaufwurf verlas, war es – so Leonhard – „zunächst still im Saal. Man konnte deutlich spüren, daß vor allem jene Genossen, die während der Nazizeit in Deutschland gelebt hatten – und sie waren in diesem



Besatzer-Fahnen in Berlin 1945: „Wir kennen die Wolfsmanieren der deutschen Häuptlinge“

Die Güter der „Junker, Grafen und Fürsten“ sollen liquidiert, aber der „Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern“ nicht angetastet werden. Zur Enteignung hieß es lediglich: Betriebe, „die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen“, seien „in die Hände der Selbstverwaltungsorgane“ zu übergeben.

„Mit manchen Genossen der eigenen Partei . . . waren klärende Auseinandersetzungen notwendig“, vermerkte beispielsweise Anton Ackermann, Leiter der „Initiativgruppe“ in Dresden, „denn viele hingen noch an Vorstellungen aus der Zeit vor 1933. Die Rote Arbeiter- und Bauernarmee stand im Land – waren damit etwa nicht die Errichtung der Sowjetmacht und der Aufbau des Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt?“

Gremien die Mehrheit – mehr . . . erwartet hatten“.

Ein Genosse aus dem roten Wedding fragte: „Genosse Ulbricht, so richtig und notwendig dieses Programm ist . . ., so ist mir doch eines unklar: Worin unterscheidet es sich von dem Programm irgendeiner beliebigen demokratischen Partei?“

Darauf Ulbricht, nun selber augenzwinkernd: „Das wirst du schon bald merken, Genosse! Wart nur mal ein bißchen ab.“

Im nächsten Heft

Die Konferenz von Potsdam: „Die Großen Drei“ zwischen Krieg und Kaltem Krieg – Die Amerikaner wollten die Deutschen verändern, die Sowjets die gesellschaftlichen Strukturen zerschlagen.